

## Soziale Gerechtigkeit - für alle Parteitag in Magdeburg

DIE LINKE führte am 28. und 29. Mai in der Messe Magdeburg die 1. Tagung ihres 5. Bundesparteitages durch. Etwa 570 Delegierte hatten drei vom Parteivorstand eingereichte Leiteträger und eine größere Zahl von Anträgen von Gliederungen der Partei und von Delegierten zu beraten und zu beschließen. Ein weiterer Schwerpunkt war die Neuwahl des Parteivorstandes. Dazu kam die Entgegennahme von Berichten mehrerer zentraler Gremien. Nach der Begrüßungsrede der gastgebenden Landesvorsitzenden Birke Bull und der Konstituierung des Parteitages sprach der Parteivorsitzende Bernd Rießinger. Er begann seine Rede mit



Foto: privat, Im Amt bestätigt - Die beiden Parteivorsitzenden

der Überzeugung: Von diesem Parteitag wird ein kraftvolles Signal des Aufbruchs ausgehen. Und darauf stellte er fest „ Unser Parteitag findet in einer Zeit großer gesellschaftlicher Umbrüche statt. Wir erleben in vielen Ländern Europas, auch bei uns, den gefährlichen Aufstieg der Rechtspopulisten“. Im Zusammenhang mit unserer Wahlniederlage am 13. März setzte er sich mit der AfD auseinander, die nichts mit sozialer Politik zu tun hat und die er als „die schlimmste neoliberale Partei der Bundesrepublik“ bezeichnete. „Von ihr hört man nichts zu bezahlbaren Wohnungen, zu Renten oder Löhnen“. Leider haben aber gerade Gewerkschaftsmitglieder überdurchschnittlich diese Partei gewählt. Zur Parteisituation stellte er fest: „Wir haben seit Jahren kein linkes Lager der Parteien. Die Grünen verstehen sich zunehmend als Regierungsreserve der CDU, und die SPD nickt in der Rolle der kleinen Schwester der Union deren Unsinn ab. Wir brauchen eine Revolution der Gerechtigkeit gegen den Terror der Märkte. Das heißt:

- Gute Arbeit und Sicherheit für alle. Ein würdiges Leben im Alter und in Zeiten der Erwerbslosigkeit
- Bezahlbare Wohnungen und gute Pflege und Gesundheitsvorsorge für alle Menschen
- Die Demokratie entscheidet über die gesellschaftlichen Bedingungen unserer Lebensverhältnisse

Die Parteivorsitzende Katja Kipping ging in ihrer Rede von der Veränderung der Gesellschaft aus, die uns vor neue Herausforderungen stellt. Sie verwies auf die Sozialdemokratie, die einst für soziale Gerechtigkeit stand, deren

Herz der Arbeiterschaft galt und deren Machtbasis die Industriebetriebe waren, die aber heute „in ganz Europa am Boden liegt“. Aus diesem Wandel der Sozialdemokratie ergeben sich für DIE LINKE folgende Aufgaben:

- die Entwicklung einer handlungsfähigen europäischen Bewegung, die ein demokratisches und soziales Europa neu begründet
- den Wandel in der Arbeitswelt zum Ausgang nehmen und ein neues Verhältnis von Solidarität im 21. Jahrhundert zu verankern
- als soziale Schutzmacht im Alltag zu wirken
- die Bereitschaft, sich mit den Superreichen anzulegen, um auf eine sozial-ökologische Wirtschaftsförderung hinzuarbeiten
- konsequente Friedenspolitik und eine neue internationale Bündnispolitik
- grenzübergreifende Solidarität und Welttoffenheit

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch stellte zu Beginn seiner Rede anhand mehrerer Zahlen über die politische Arbeit der Fraktion fest: Sie ist die aktivste Fraktion. Ohne sie, die Oppositionsführerin, würde es keine wirklichen Debatten geben. Er würdigte auch die Arbeit der Abgeordneten „draußen bei den Menschen“. Als Beispiele für die inhaltliche Arbeit der Fraktion erwähnte er die ablehnende Abstimmung zur Verschärfung des Asylgesetzes und aller Kampfeinsätze der Bundeswehr als Erfolg, die Bereitstellung von 10 Millionen Euro für die Entschädigung von kriegsgefangenen Rotarmisten. Die „Große Koalition“ ist nicht gut für unser Land. Immer mehr Menschen wenden sich ab. Die Demokra-

tie steckt in einer tiefen Krise. Und die Gesellschaft spaltet sich immer mehr. Jedoch die AfD ist keine Alternative, die einzige ist DIE LINKE, denn sie allein steht für einen Politikwechsel, was aber einen gemeinsamen Kampf aller Linken erfordert. Erwähnt werden soll auch sein Dank an Gregor. Die Fraktionsvorsitzende Sahra Wagenknecht ging in ihrer Rede von der guten Zusammenarbeit mit Dietmar Bartsch aus. Sie stellte den Kampf gegen den rechten Ungeist als eine der dringenden Aufgaben unserer Zeit heraus. Als wichtigste Ursache der Rechtsentwicklung bezeichnete sie die neoliberale Politik. So ist die gute Wirtschaftsentwicklung in den

letzten Jahrzehnten „ an der Bevölkerung komplett vorbeigegangen“. Auf dem Parteitag sprachen aber nicht nur die Spitzenfunktionäre der Partei. Viele Delegierte beteiligten sich mit inhaltlich guten Beiträgen an der Diskussion der Leiteträger, begründeten eigene Anträge oder sprachen gegen die von anderen eingebrachten bzw. unterstützten die auch.

Auf der Grundlage der erwähnten Diskussion zu den Leiteträgern kam es zu folgenden Beschlüssen:

- Für Demokratie und Solidarität. Gegen den Rechtsruck
- Mehr für alle. Eine soziale Offensive für ein offenes Land
- Für Frieden und eine gerechte Weltordnung

Zur Vorstandswahl . Alle 2014 auf dem Berliner Parteitag direkt gewählten acht Vorstandsmitglieder wurden ohne Gegenkandidaten wiedergewählt. Dabei erhielt die Parteivorsitzende Katja Kipping 74% (2014 77,3%) und Bernd Rießinger 78,5% (89,7%) der Stimmen. Von den stellvertretenden Vorsitzenden bekamen Karen Lay 62,5% (55%), Janine Wissler 81,3% (83%), Tobias Pflüger 69,0% (54%) und Axel Troost 65,0% (55%), 70,3% (77%) stimmten für Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn und 72,1% (53%) für den Bundesschatzmeister Thomas Nord.

Weitere 19 Frauen und Männer wurden als Mitglieder des Parteivorstandes gewählt. Die entsprechenden Ergebnisse können auf [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de) eingesehen werden.

Friedrich Schütz

# #Linker Landtagsticker

## Moratorium Herstellungsbeitrag II (Drucksache 7/40)

Für viele Familien, für klein- und mittelständische Unternehmen führte die nachträgliche Erhebung von Herstellungsbeiträgen für Abwasser zu unzumutbaren Belastungen. Im Kommunalabgabengesetz verankert, ohne Fristen zur Beitragsfestsetzung und Verjährung versehen, war das der Ausgangspunkt zahlreicher Rechtsstreitigkeiten. DIE LINKE im Landtag von Sachsen-Anhalt legte nunmehr einen Entwurf für die Änderung des Kommunalabgabengesetzes vor. Bis zur Klärung vor dem Landesverfassungsgericht und einer Neugestaltung des Gesetzes sollen durch ein Moratorium die Entscheidungen über eingelegte Widersprüche und über die sofortige Vollziehung von Beitragsbescheiden, die unter die Übergangsvorschrift nach § 18 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes fallen, ausgesetzt werden.

## KiföG - Elternbeiträge entlasten (Drucksache 7/63)

Auch die Erhöhung der Elternbeiträge für die Betreuung in der Kita war ein Problem, was an vielen Wahlkampfständen diskutiert wurde. Bereits in unserem Sofortprogramm im Wahlkampf Anfang

2016 hatten wir den Vorschlag angekündigt, die Mittel der Bundesregierung für das verfassungswidrige Betreuungsgeld - mehr als 9 Mio. Euro in 2016 und ca. 23 Mio. Euro in 2017 - dafür zu verwenden, den Anstieg bei den Beiträgen der Eltern für die Kinderbetreuung zu dämpfen. Eine der wesentlichen Ursachen für den Anstieg der Beteiligung der Gemeinden an den Kosten war und ist die unzureichende Ausstattung der finanziellen Mittel in den Kommunen. Deshalb beantragt DIE LINKE, 50 Mio. Euro zweckgebunden für die Kinderbetreuung an die Kommunen zu geben. Ende 2017 wird die Landtagsfraktion einen eigenen Gesetzentwurf vorlegen, um die Finanzbeziehungen grundsätzlich neu zu ordnen.

## Mehr Lehrpersonal als geplant ist nötig (Drucksache 7/60)

An den Schulen Sachsens-Anhalts gibt es einen eklatanten Lehrermangel, und das seit mehreren Jahren. Bereits in der vergangenen Legislatur haben wir das Thema Unterrichtsversorgung viele Male thematisiert und Vorschläge gebracht. In dieser ersten Landtagsitzung forderten wir, dass die Landesregierung dafür sorgen soll, die Ausstattung der Schulen mit ausreichend Lehrpersonal zu sichern. Dafür muss

der geplante Einstellungskorridor erheblich erweitert werden. Um die Stellen besetzen zu können, fordern wir eine andere Ausschreibungspraxis, die auch Seiteneinsteiger\*innen, oder Lehrer\*innen mit DDR-Ausbildung berücksichtigt. Auch die Besetzung von mindestens 1.800 vollen Stellen für pädagogische Mitarbeiter\*innen halten wir für dringend geboten.

## SGB II-Reform - ein unverschämte Zustimmung (Drucksache 7/61)

Die Reform des Hartz IV-Gesetzes (SGB II) ist gerade für Alleinerziehende eine Zustimmung. Beispielsweise die Praxis, einzelne Tage des Aufenthalts der Kinder bei dem anderen Elternteil vom Regelsatz abzuziehen, nun zur Gesetzespflicht zu erklären, ist absurd. Bereits jetzt liegt die Armutsquote gerade bei Alleinerziehenden bei fast der Hälfte. Die Lebensbedingungen der Kinder - und ihrer Mütter - werden weiter eingeschränkt, ihre Teilhabe am Leben erschwert. Bereits jetzt sind fast ein Drittel der Kinder in Sachsen-Anhalt von Armut bedroht. Die Landesregierung ist aufgefordert, den Gesetzentwurf im Bundesrat abzulehnen.

*Birke Bull,  
stellvertretende Fraktionsvorsitzende*

# Kreistagsfraktion zu Besuch in Aschersleben

Am 30. Mai 2016 tagte die Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG im Büro „Linkstreff“ in der Oststraße 5 in Aschersleben. Den Termin nutzte die Kreistagsfraktion, um sich mit den Genossinnen und Genossen und den Stadträten der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat der Stadt Aschersleben über die kommunalpolitischen Belange vor Ort auszutauschen. Schon auf dem Weg zum „Linkstreff“ konnten die Kreistagsmitglieder die schönen und lebendigen Seiten der Stadt Aschersleben entdecken.

Ein Umstand, der auf ein sehr gutes Stadtentwicklungskonzept zurückgeht, wie die Stadträtin Gerlinde Oertel berichtete. Besonders die Familien- und Kinderfreundlichkeit von Aschersleben liegt den LINKEN Stadträten vor Ort sehr am Herzen. Mit 2 Grundschulen, 2 Sekundarschulen und einem staatlichen Gymnasium ist die Schullandschaft gut aufgestellt. Ein Umstand, welchen es auch langfristig zu erhalten gilt. Durch die Eigenbetriebe im Bereich der Abwasserentsorgung, Energieversorgung und Wohnen gelingt es, die Preise für die Menschen vor Ort konstant zu halten und so attraktiv für viele Menschen zu sein. Die Aschersleber Kulturan-

stalt und das Sport- und Freizeitzentrum runden das sportliche und kulturelle Leben mit vielfältigen Angeboten für alle Altersgruppen ab.

Kritisch muss jedoch die fehlende Ortsumgebung der B180 gesehen werden, welche zu einer deutlichen Entlastung der Innenstadt beitragen würde. Wann genau dies realisiert wird, ist momentan noch unklar. Zunächst steht als nächstes Projekt vor Ort steht die Sanierung der Wasser- und Abwasserleitungen an, welche nach und nach erfolgen soll. Auch die weitere Bekanntmachung der Stadt

als „Tor zum Harz“ ist eine Aufgabe, die es weiter auszubauen gilt. Es gibt noch einiges zu tun, wie Gerlinde Oertel feststellte.

Die anwesenden Mitglieder der Kreistagsfraktion danken den Aschersleber Genossinnen und Genossen für den detailrei-



*Foto: privat, Die Kreistagsfraktion zu Gast in Aschersleben*

chen und interessanten Einblick in das kommunalpolitische Geschehen vor Ort und wünschen den engagierten Stadträten und den Mitgliedern des LINKEN Ortsverbandes weiterhin alles Gute für ihre Arbeit vor Ort.

*Henriette Krebs, Fraktionsassistentin*

# Zum 75. Jahrestag des Überfalls Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion

In den Morgenstunden des 22. Juni 1941 überfiel die faschistische deutsche Wehrmacht ohne Kriegserklärung die Sowjetunion. Damit hatte die letzte, brutalste und am längsten andauernde Etappe des Zweiten Weltkrieges, des verheerendsten aller bisherigen Kriege, begonnen.

Die in den ersten Jahren dieses Krieges erreichten militärischen Erfolge hatten wesentlich zur Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und zur Unterschätzung des Potentials der Sowjetunion beigetragen. Der am 23. August 1939 zwischen beiden Staaten abgeschlossene Nichtangriffspakt sowie der Freundschafts- und Grenzvertrag vom 28. September 1939 waren ein Ausdruck für das doppelte Spiel des Diktators.

Der Krieg gegen die Sowjetunion sollte sowohl als Eroberungskrieg als auch als Vernichtungskrieg geführt werden (Theorie vom „Volk ohne Raum“ „Vernichtung des Kommunismus“). So sollten nach dem sogenannten Barbarossaplan in einem „Blitzkrieg“ vor Eintritt des „russischen Winters“ die meisten sowjetischen Truppen in den westlichen Landesteilen vernichtet und die Linie Astrachan - Wolga - Archangelsk erreicht werden. Zu Beginn verlief auch alles nach den Vorstellungen der Aggressoren. Die Rote Armee erlitt



hohe Verluste, und Millionen Zivilisten wurden als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt.

Jedoch bereits im Dezember 1941 erlitten die deutschen Truppen in der Schlacht bei Moskau die erste große Niederlage. Die entscheidende Wende im Krieg begann aber erst mit der Niederlage der deutschen Armee in der Schlacht um Stalingrad im Februar 1943. Alle Versuche, das Vordringen der Roten Armee aufzuhalten und umzukehren scheiterten trotz der Aufbietung der letzten Reserven. So überschritten diese im Herbst 1944 die deutschen Grenze und der deutschen Führung blieb nur noch am 8. Mai 1945 die bedingungslose Kapitulation, nachdem der

westliche Teil Deutschlands von den Westmächten befreit worden war, die am 6. Juni 1944 in der Normandie (Frankreich) die zweite Front eröffnet hatte.

Deutsche Kommunisten, Sozialdemokraten und andere Demokraten hatten von Anfang an gegen das Naziregime und diesen irrsinnigen Krieg gekämpft. Eine große Bedeutung erlangte das am 12. und 13. Juli 1943 in Krasnojarsk gegründete Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD), das sich zu einem Zentrum des Kampfes deutscher Antifaschisten entwickelte.

Was der Zweite Weltkrieg und vor allem der gegen die Sowjetunion an Opfern forderte, ist in Worten schwer auszudrücken. Etwa 55 Millionen Tote, davon die Hälfte in diesem Land, bedeuten die Zerstörung von 55 Millionen einzelnen, jeweils einmaligen Leben und das durch Menschen. Der Faschismus hat seine Ziele nicht erreicht und das ist gut so. Er hat sich durch seine Kriege in den eigenen Untergang geführt. Großer Dank gilt den Befreier. Vor uns allen aber steht die Verpflichtung, alle faschistischen Entwicklungen zu verhindern.

*Friedrich Schütz*

## Gedenken auf dem Martinsplatz in Bernburg

Am 9. Mai wurde in Bernburg wieder des Tages der Befreiung und damit des 71. Jahrestages des Kriegsendes gedacht. Traditionell kamen dazu Mitglieder der LINKEN, der KPD und der SPD sowie interessierte Bürgerinnen und Bürger am Mahnmal am Bernburger Martinsplatz zusammen. Der Kreisvorsitzende Lothar Boese erinnerte in einer kurzen Ansprache an die Schrecken des Zweiten Weltkrieges und die enormen Opferzahlen und ging auf aktuelle politische Entwicklungen ein, um die Relevanz dieses Gedenktages zu verdeutlichen.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung sollte aber ein Redebeitrag von Joachim Grossert stehen, der musikalisch mit dem Antikriegsklassiker „Sag mir wo die Blumen sind“ eingeleitet wurde. Grossert, durch Beiträge in der Lokalpresse und durch historische Stadtrundgänge seit vielen Jahren als Experte für die Bernburger Geschichte bekannt, hatte sich im Vorfeld mit der Geschichte des Gedenkortes auseinandergesetzt und konnte Informationen liefern, die bisher kaum bekannt waren.

Bereits Ende 1948 konnten die Arbeiten für das Mahnmal, das im klassischen sow-



*Foto: privat, Kranzniederlegung in Bernburg*

jetischen Typenbau angelegt wurde, beendet werden. Über 600 Menschen sind im unmittelbaren Umfeld der Anlage bestattet. Dass es sich bei den Toten ausschließlich um Opfer aus dem KZ Außenlager Leau und um sowjetische Zwangsarbeiter handelte, war zu DDR-Zeiten nicht bekannt. Damals wurde der Mythos einer Begräbnisstätte für Sowjetsoldaten aufrechterhalten. Mittlerweile ist bekannt, dass u.a. auch französische und polnische Opfer hier begraben sind. Ebenso wurde bis heute davon ausgegangen, dass sich die Gräber direkt unter dem Mahnmal befinden. Laut Grosserts Recherchen im Stadtarchiv entstanden die Grabanlagen

(Umbettungen von Friedhöfen in Bernburg und Leau) aber bereits Ende 1947 bzw. Anfang 1948 rund um das spätere Mahnmal.

In seinem Vortrag war außerdem zu erfahren, welche Bernburger Behörden und Betriebe an der Errichtung der Gedenkstätte beteiligt waren und dass z.B. der Stern auf dem Mahnmal, der nach 1990 spurlos verschwand, vom Schlosser der bekannten Weltzeituhr auf dem Karlsplatz stammte. Auch über das Gedenken zu DDR-Zeiten informierte Joachim Grossert. Neben dem 8. Mai, gab es hier auch am 1. Mai und 7. November staatlich organisierte Demonstrationen. Um das Gedenken am Mahnmal, das zuletzt 1999 saniert wurde, bemühten sich nach der Wende vor allem die PDS und später DIE LINKE, jeweils zusammen mit der KPD.

Zur sehr gelungenen Veranstaltung in diesem Jahr fanden wieder ca. 20 Gäste sowie die Mitteldeutsche Zeitung und das Regionalfernsehen RBW. Ein großes Dankeschön gebührt Joachim Grossert, der dem Gedenken einen Charakter verlieh, der auch in den folgenden Jahren denkbar ist.

*Jörg Lemmert, Ortsvorsitzender*

# Gedenkveranstaltung zum Tag der Befreiung

Am 09.05.2016 fand in Schönebeck anlässlich des Tages der Befreiung eine Gedenkveranstaltung am Mahnmal in der Tischlerstraße statt. Mitglieder des Ortsverbandes DIE LINKE legten ein Gebinde nieder. Mit dem Tag der Befreiung erinnern wir daran, dass der 2. Weltkrieg von Deutschland, vom Faschismus, dem verbrecherischsten aller Systeme, ausgegangen ist und dass 50 Millionen Menschen in diesem Krieg umkamen. Die Sowjetunion hatte 20 Millionen Tote zu beklagen. Deshalb feiern sie in Russland den 9. Mai 1945 auch als ersten Tag des Friedens. Und Frieden ist kein Geschenk, sondern man muß sich täglich dafür einsetzen.

Die gegenwärtige Situation in der Welt sollte uns in unserer Meinung bestärken, gegen rechte Gewalt, rechtes Gedankengut, Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, imperiale Kriege und Terrorismus aufzutreten. Nichts rechtfertigt den gewaltsamen Tod eines Menschen.

*Christa Beier,  
Ortsvorsitzende*



Foto: privat, Gedenken in Schönebeck

## Wahlkampf Dankeschön in Schönebeck

Zu einer Dankeschön-Veranstaltung hatte der Ortsverband DIE LINKE Schönebeck und der Direktkandidat für den Wahlkreis 19 zur Landtagswahl, Torsten Hans, eingeladen. Wir wollten den aktiven Wahlkämpfern Dank und Anerkennung sagen. Bei einer Grillparty vor dem Schönebecker Wahlbüro kam es zu interessanten Gesprächen. Wir hatten das Glück, dass gleich zwei Bundestagsabgeordnete, Dr. Rosemarei Hein und Roland Claus, zuge-

gen waren.

Sabine Dirlich sowie andere TeilnehmerInnen kamen sogar mit Familienanhang. Dadurch ging es sehr gemütlich zu, was ja auch einmal sein muss.

Neben der Auswertung der Wahl stand bereits die Vorbereitung der Bundestagswahl im Mittelpunkt. Genn. Beier war sehr angetan, dass sich auch einige neue Wahlkämpfer zur Verfügung stellen und stellen werden.

So wird es möglich sein, die Bundestagswahl gründlich vorzubereiten und durchzuführen. Um den Kontakt zu den Wählern zu vertiefen wurde hervorgehoben, im Wahlbüro jeweils am Donnerstag einen Treff unter dem Motto „Kaffee mit Links“ durchzuführen. Einige Teilnehmer erklärten ihre Bereitschaft, dort als Gesprächspartner mitzuwirken.

*Christa Beier,  
Ortsvorsitzende Schönebeck*

## Mitgliederversammlung in Staßfurt

Im Bericht des Vorstandes wurde auf die planmäßige Arbeit im vergangenen Halbjahr verwiesen. Monatlich wurden die Schwerpunkte für die Parteiarbeit abgestimmt und die Realisierung eingeschätzt. In Zusammenarbeit mit dem Wahlkampfkollektiv wurden die erforderlichen Festlegungen für eine breite Öffentlichkeitsarbeit im gesamten Wahlkreis 17 getroffen, wurde die Plakatierung vorbereitet und durchgeführt, wurden die Wahlzeitungen verteilt. Zahlreiche Begegnungen unserer Kandidatin mit unterschiedlichen Bevölkerungsschichten wurden genutzt, den Dialog zu führen.

Informationsstände in vielen Orten nutzen wir mit Unterstützung von Mitgliedern des Ortsverbandes Staßfurt, Hecklingen und der Egelner-Mulde aber auch der Mitglieder der Stadtratsfraktion, um unsere Forderungen nach mehr Personal an den Schulen, bei der Polizei, nach Bildungsgerechtigkeit, gleicher Bezahlung von Mann und Frau, nach Herstellung der Rentengerechtigkeit und besserer Finanzausstattung der Kommunen Gehör zu verschaffen.

Wir waren uns einig, gute Voraussetzun-

gen dafür geschaffen zu haben, den Wiedereinzug unserer Wahlkreiskandidatin in den neuen Landtag gesichert zu haben. Die Ergebnisse, die wir am 13. März letztlich einfuhren, sind enttäuschend. Als Schlussfolgerung für die kommende Parteiarbeit unterstrich der Ortsvorsitzende Klaus Magenheimer die Notwendigkeit, mit unseren Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit mehr in die Offensive zu gehen. Zu diesen und anderen Themen muss die öffentliche Auseinandersetzung, egal wo auch immer, durch uns betrieben werden.

Er dankte den Mitgliedern für den persönlichen Einsatz. Dass die Landtagswahlen nicht das Anliegen einiger Weniger war, zeigte auch die Spendenbereitschaft. Durch umfangreiche Bemühungen kamen 1077 Euro an Spenden zusammen.

Den Bericht über die Arbeit der Stadtratsfraktion gab der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gerhard Wiest. Die 9 Mitglieder nehmen ihr Abgeordnetenmandat sehr ernst, beteiligen sich konstruktiv an den umfangreichen Ausschusssitzungen und treten konstruktiv und kritisch während der Sitzungen des Stadtrates auf.

Sehr energisch stritten sie für die Kindertagesstätte „Spatzennest“. Sie konnten leider nicht verhindern, dass statt eines möglichen Neubaus nun die Fördermittel in den Straßenbau fließen.

Regelmäßig spenden die Fraktionsmitglieder in den Solidarfond und fördern damit soziale Projekte.

Franz Meier berichtete über die kontinuierliche Arbeit der AG-Senioren, die sich monatlich zu ihren Beratungen in der Geschäftsstelle trifft. Sie beklagen den Demokratieabbau und fordern klarere Aussagen über die Rolle der Partei als Antikriegspartei.

In einer lebhaften Diskussion wurde die Forderung nach kurzen und allgemeinverständlichen inhaltlichen Aussagen erneuert und aufgefordert, statt viel Papier zu beschreiben, an der Lösung der Alltagsprobleme der Menschen konstruktiv zu wirken. Schwerpunktthemen für die kommende Öffentlichkeitsarbeit wurden herausgearbeitet und sollen regelmäßig im Politstammtisch diskutiert werden.

*Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender*

# Mitgliederversammlung im Ortsverband Schönebeck

Am 03.05.2016 fand eine Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Schönebeck statt. Neben den Schönebecker GenossInnen waren auch die Mitglieder aus den Ortsverbänden Calbe, Barby und Börde-land sowie parteilose Gäste eingeladen. Auf der Tagesordnung standen die Auswertung der Landtagswahl 2016, Mitgliederinformationen und eine Diskussion. An der Mitgliederversammlung nahmen 18 Personen teil. Genossin Beier informierte über die vielfältigen Aktionen in Vorbereitung der Wahlen wie Verteilung von Wahlzeitungen, Postkarten und Kurzwahlprogrammen, Plakatierung, Info-Stände, Veranstaltungen mit der IG Metall, Aktivitäten zum Frauentag, Begegnungen mit Jugendlichen, Aktivitäten am Vorabend der Wahl. Sie bedankte sich bei allen Mitwirkenden.

Zur Wahlauswertung verwies sie auf die Briefe von Birke Bull und Sven Knöchel, die jeder mit der LINKEN Zeitung erhalten hat, sowie auf die Artikel der verschie-

densten GenossInnen zur Wahl, ebenfalls in der LINKEN ZEITUNG veröffentlicht. Als besonders wichtig hob sie den Dringlichkeitsantrag, der auf dem Landesparteitag beschlossen wurde, hervor. Für die Arbeit im Schönebecker Ortsverband ergeben sich vor allem

- Durchführung regelmäßiger Sprechstunden unter Einbeziehung der KommunalpolitikerInnen
- Kaffee mit LINKS jeweils am Donnerstag im Büro
- Arbeit in Vereinen und Verbänden

Im TOP 2 informierte sie über die Anzahl der Mitglieder, die Erfüllung des Beitragsaufkommens und weitere Veranstaltungen.

In der Diskussion äußerte sich unser Direktkandidat für den Wahlkreis 19, Torsten Hans, über

die Erfahrungen und Aktivitäten im Wahlkampf. Er ging insbesondere auf die Flüchtlingsproblematik ein und darauf, wie sie die Diskussionen, die Erstarkung

der AfD und den Wahlausgang beeinflusst hat. DIE LINKE muss sich verstärkt mit der AfD auseinandersetzen und ihr antidemokratisches Programm entlarven. Sabine Dirlich ging ebenfalls auf die Dominanz der Flüchtlingsproblematik und auf das ausgrenzende Programm der AfD ein, erläuterte aber auch, dass die Rüstungsexporte der BRD zur Situation in den Kriegsgebieten beitragen. Die anderen Diskussionsredner äußerten sich zur Nutzung neuer Medien und deren Beeinflussung der Meinung, zur Aufklärung in den Familien über die Ursachen der Flüchtlingsproblematik zur Willkommenskultur für Flüchtlinge, zur zukünftigen Arbeit der Koalition. Allen ist klar, dass die Arbeit schwieriger geworden ist und dass wir uns darauf einstellen müssen.

Christa Beier, Ortsvorsitzende

*Christa Beier,  
Ortsvorsitzende Schönebeck*

# Das muss drin sein - mehr Personal im Krankenhaus

Am 12. Mai ist der Tag der Pflegeberufe. Aus diesem Anlass wollte DIE LINKE in Bernburg auf den Personalmangel in Krankenhäusern und Pflegeheimen aufmerksam machen. Derzeit fehlen 100.000 Pflegekräfte. Immer weniger Beschäftigte müssen immer mehr Patientinnen und Patienten versorgen. Das zerrt an den Kräften, so dass dreiviertel aller Pflegekräfte fürchten, unter diesen Arbeitsbedingungen nicht bis zur Rente durchhalten zu können. Ursache: viele Krankenhäuser wurden in den letzten Jahren privatisiert und wollen als Unternehmen Rendite erwirtschaften. Personalkürzungen ergeben nunmal erhebliche Kosteneinsparungen. Wir fordern deshalb eine gesetzliche Festlegung von Personalbemessungen. Wir

brauchen klare Regeln dafür, wie viele Patientinnen und Patienten eine Pflegekraft im Höchstfall versorgen darf. Auch die eingeführten „Fallpauschalen“ sorgen für erheblichen Kostendruck. Hier muss die Politik handeln und dafür sorgen, dass Krankenhäuser das Geld bekommen, das für eine fach- und bedarfsgerechte Versorgung der Kranken notwendig ist. Außerdem finden wir: Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand und müssen bedarfsgerecht ausfinanziert werden. Damit der Staat das kann, muss er seine Einnahmen erhöhen, z.B. durch eine Steuer auf Vermögen ab 1 Million Euro. Außerdem wollen wir, dass die Einnahmen der Kranken- und Pflegekassen dadurch gesteigert werden, dass alle einzahlen. Auch die Bes-

serverdienenden, Beamten, Abgeordnete usw., die derzeit allzuoft privat versichert sind und deren hohe Einkommen durch Beitragsbemessungsgrenzen geschützt werden.

Mit einem Augenzwinkern wurden am Stand „Startersets zur Selbstbehandlung“ verteilt. In den Gesprächen mit Passantinnen und Passanten wurden zahlreiche Erfahrungen geschildert und auch Dankbarkeit geäußert, dass viele Pflegekräfte trotz dieser schwierigen Bedingungen ihrer Arbeit mit viel Herz nachgehen und sich trotz Dauerstress aufopferungsvoll um ihre Patientinnen und Patienten bemühen. Diesem Dank schließen wir uns an. Das verdient Hochachtung.

*Jana Lankau, Ortsvorstand Bernburg*

# Versammlung in Hecklingen

Zur monatlich wiederkehrenden Sitzung lud der Vorstand der Basisorganisation Hecklingen zur öffentlichen Sitzung der LINKEN, am 10.05.2016 auf dem Hundeplatz in Hecklingen ein. Als Themenschwerpunkte setzten sich die GenossInnen mit der aktuellen politischen Lage sowie mit anstehenden Herausforderungen für die Bundestagswahl auseinander. Besorgniserregend empfinden alle den deutlich spürbaren Rechtsruck in der Gesellschaft und in weiten Teilen Europas. Trauriger Höhepunkt waren die Wahlergebnisse in Österreich und der Rücktritt des Bundeskanzlers. Was kann linke Politik dem entgegensetzen? Konsequentes Einsetzen für die Ziele, soziale Gerechtig-

keit und eine Geschlossenheit in der Partei. Einstimmig war man der Meinung, dass sowohl Themensetzung als auch erneute Flügelkämpfe in der Partei vor dem Bundesparteitag in Magdeburg, wenig Gutes dazu beitragen. Das sind Nebelkämpfe, die man hier an der Basis weder verstehen noch gebrauchen kann. Religionsfragen in den Mittelpunkt zu stellen, kommt wirklich zur Unzeit.

Die Hecklinger wünschen sich indes mehr Bürgernähe und praktikable Politikansätze. Beschlossen wurde ebenfalls, dass künftig noch mehr öffentlichkeitswirksam gearbeitet werden soll und grundsätzlich auch für alle Bürgerinnen und Bürger wieder Sprechstunden in den verschiede-

nen Ortsteilen angeboten werden. Die nächste Sitzung der BO findet am 07. 06. 2016, ebenfalls auf dem Hundeplatz in Hecklingen, statt. Die ersten Aktivitäten hinsichtlich des Bundestagswahlkampfes sollen hier konkretisiert werden. Erfreut waren die Hecklinger, dass Bianca ihr Versprechen wahr macht, auch bei einem Ausscheiden aus dem Landtag, als Ansprechpartnerin weiter vor Ort zu sein. Ein Grillen nach der Sitzung soll dann im Juni auch den politischen Sommer einläuten, denn die Auswertung des Bundesparteitages wird sicher eine Menge hitziger Debatten fordern.

*Bianca Görke*

# Kommunalpolitisches Wochenendseminar in Havelberg

Das „kommunalpolitische forum“ führte sein diesjähriges Wochenendseminar für die nördliche Region Sachsen-Anhalts vom 21.5. bis 22.05.2016 in Havelberg durch.

Dieses Seminar richtete sich besonders an Gemeinde- und StadträtInnen, BürgermeisterInnen und Mitglieder von Kreistagen.

Gegründet wurde das „kommunalpolitische forum“ Sachsen-Anhalt im Juni 1991 und hatte zu diesem Zeitpunkt 26 Mitglieder.

Seit dem 23. Januar 1993 übernahm Gerald Grünert (MdL) den Vorsitz bis 2016 und führte somit über 25 Jahre die Regie. Neue Vorsitzende ist seit 2016 Marion Krischok, Stadträtin aus Halle.

Arbeitsziel des „kommunalpolitischen forums“ ist die kommunalpolitische Bildung für MandatsträgerInnen, BürgermeisterInnen und auch Bürgerinitiativen. So finden thematische Fortbildungen zu den Kommunalgesetzen, wie z. B. Kommunalabgaben, Planungsrecht, Denkmalschutz, Agrarstruktur und Bürgerbeteiligungen statt. Handlungsempfehlungen für Satzungen werden ebenfalls vermittelt.

Sachkundige Referentinnen und Referenten vermitteln hier ihr Wissen und freuen sich immer über einen regen Dialog.

An diesem Wochenende standen Themen wie Gewässerunterhaltung - Zusammen-

arbeit mit den Kommunen, fehlende Finanzen und deren Konsequenzen, Flüchtlingsfragen - Unterkünfte, Integration, Fördermöglichkeiten für denkmalgeschützte Gebäude, kommunalpolitische Vorhaben in der 7. Legislaturperiode, Agrarstruktur und deren Folgen sowie Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung im Vordergrund.

Zu allen Themen wurde geballtes Wissen vermittelt und die TeilnehmerInnen führten einen herzerfrischenden Dialog, so dass man nicht nur seinen Wissensstand erweiterte, sondern auch die Sichtweisen auf ein Thema änderten sich.

Unsere besondere Aufmerksamkeit galt dem Thema „Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung in den Kommunen“.

Am Beispiel der Stadt Heidelberg, welche über ein Konzept und eine Satzung zur Verfahrensweise für mitgestaltende Bürgerbeteiligungen verfügt, wurde den TeilnehmerInnen aufgezeigt, wie durch transparente Rathauspolitik BürgerInnen aktiv mit eingebunden werden kann. Inhalte der kommunalpolitischen Leitlinie sind z. B.:

- Verlässlichkeit, Transparenz und gegenseitiges Vertrauen
- Frühzeitige Informationen für alle Beteiligten durch eine Vorhabenliste
- Anregungen für Bürgerbeteiligungen von verschiedenen Seiten
- Kooperative Planung und Ausgestaltung des Beteiligungskonzepts

- Prozessbegleitende Bürgerbeteiligungen auf breite Basis stellen
- Sicherstellung von Verbindlichkeiten von Beteiligungsprozessen

So kann Bürgerbeteiligung funktionieren. Die Art und Weise wie die Stadt Heidelberg durch Verlässlichkeit und Transparenz das Vertrauen zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Verwaltung und Gemeinderat aufbaut, gibt den BürgerInnen die Möglichkeit mit ihrem Anliegen verbindlich Gehör zu finden.

Wir finden die Herangehensweise, Bürgerbeteiligung zu ermöglichen beispielgebend und nachahmenswert.

Für die Stadtratsfraktion der LINKEN sollte dies eine Anregung sein, über ein solches Konzept der Bürgerbeteiligung auch für die Stadt Bernburg nachzudenken und uns der Herausforderung, bürgerfreundliche Verwaltung durch direkte Bürgerbeteiligung anzunehmen.

Es gibt viel zu tun, packen wir es an!

Gleichzeitig möchten wir es aber nicht versäumen, uns bei den Organisatoren dieser Veranstaltung, insbesondere bei Monika Krischok, ganz herzlich zu bedanken. Sie hat ihre „Feuertaufe“ wunderbar gemeistert und wir wünschen uns weiterhin eine gute Zusammenarbeit.

*Christine Pfeiffer und Henriette Krebs,  
Stadträtinnen in Bernburg*

## Aktive Fraktion auch bei überschaubarer Tagesordnung – Aus dem Staßfurter Stadtrat

Die Tagesordnung zur Stadtratssitzung des Staßfurter Rates im Monat Mai versprach eine kurze Sitzung. Lediglich die Veränderung der Verwaltungskostensatzung der Stadt versprach Diskussionsstoff. Da es zum Teil drastische Kostenerhöhungen gab, enthielten sich die Mitglieder unserer Fraktion mehrheitlich. Aber den Punkt Anfragen und Anregungen nutzten unsere Mitglieder recht aktiv, um auf Unerledigtes, unbefriedigendes oder einfach Wissenswertes aufmerksam zu machen.

Gerhard Wiest bemerkte nach den Ausführungen des Bürgermeisters „Es ist auch interessant, was Sie unerwähnt lassen. Wie ist der Sachstand zur Staßfurter Mauer? Sie teilten uns Endes des letzten Jahres mit, dass dieses Machwerk bis April abgerissen wird. Nun ist der Mai fast vorbei und es tut sich nichts. „ Die Staßfurter Mauer, die selbst im TV für Hohn und Spott sorgte und auch baulich ein

Schandfleck ist, war von einem Investor als Schutzwall vor trinkenden Menschen errichtet wurden. Eine Klage der Stadt brachte hierzu einen Vergleich, der den Investor von der Räumspflicht entbindet und die Stadt dafür die Bauelemente nutzen kann. Bisher ist allerdings noch nichts Konkretes passiert.“ Die Verwaltung versprach erneut tätig zu werden und zeitnah zu agieren.

Dr. Margit Kietz brachte ihren Unmut über eine Beantwortung ihrer Nachfrage zum Sachverhalt der Bohrschlämme, die bei einem Unfall auf der A14 ausgelaufen waren, zum Ausdruck.

Wie können Sie mir schreiben, dass es nur Wasser enthält und sie deshalb keine Untersuchungen angestellt haben. Wenn nichts untersucht wurde, können Sie doch gar nicht wissen ob es nur Wasser enthält. Derart unqualifizierte Antworten seinen für Sie nicht hinnehmbar. Es geht hier um die Gesundheit der Bevölkerung und die

Stadt antwortet so lapidar.

Bianca Görke regte zum einem an, beim Bundesfreiwilligentag auch die städtischen Kreisverkehre mit einzubinden, um diese Aktion zur Aufwertung des Stadtbildes zu nutzen.

Solche Nachfragen und das Interesse an unserer Stadt wird auch immer sehr genau vom stets zahlreichen Publikum registriert, welches an diesem Tag auch mit Beifall honoriert wurde.

Kommunalpolitiker haben neben den vorgegebenen Themen eben auch eine besondere Aufgabe in der Wahrnehmung als Vertreter der Stadt. Das gerade unsere Fraktion diese Pflicht sehr ernst nimmt, konnten wir wieder unter Beweis stellen. Bei der nächsten Sitzung wird das große Thema Haushalt dominieren, aber die eine oder andere Nachfrage werden wir sicher wieder auf dem Plan haben.

*Bianca Görke, stellv. Fraktionsvorsitzende*

# Änderung in der Fraktionsspitze in Bernburg

Am 08. Mai 2016 gab der langjährige Fraktionsvorsitzende Udo Riedel der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) seinen Rücktritt bekannt. Sichtlich bewegt, erläuterte er der Fraktion seine Beweggründe für diesen Schritt. So hat sich aufgrund neuer beruflicher Aufgabenfelder sein Zeitbudget für die ehrenamtliche Arbeit deutlich verkleinert. Auch der Arbeitsschwerpunkt in Magdeburg erschwerte es ihm an Veranstaltungen vor Ort in Bernburg teilzunehmen. Gerade aber Präsenz als Zeichen der Ansprechbarkeit und Zeit für die kommunalpolitische Arbeit sollten wichtige Grundvoraussetzungen für einen Fraktionsvorsitzenden sein. Da er diese Kriterien gegenwärtig nicht erfüllen kann, erläuterte Udo Riedel, lege er mit sofortiger Wirkung sein Amt nieder.

Nicht weniger emotional bewegt, nahmen die Mitglieder der Fraktion diesen Rücktritt ihres langjährigen Fraktionsvorsitzenden auf. Leitete er doch seit 2004 die unterschiedlichen LINKEN Stadtratsfraktionen mit seiner ruhigen, kompetenten und humorigen Art. Es war jedoch ein kleiner Trost, dass Udo Riedel der Frakti-



Foto: privat, Neuer Fraktionsvorsitzender der Stadtratsfraktion

on weiterhin als Stadtrats- und Fraktionsmitglied erhalten bleibt. Dennoch musste zunächst eine neue Fraktionsvorsitzende oder ein neuer Fraktionsvorsitzender gewählt werden. Nach ausführlicher Diskussion stellte sich Christine Bittner für dieses Amt zur Verfügung und wurde mit großer Mehrheit der anwesenden Stadträte der Fraktion bestätigt. Der nun vakante Sitz des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden, welchen bis dahin Christine Bitt-

ner innehatte, konnte mit Eberhard Balzer neu besetzt werden.

Die neue Fraktionsspitze der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat der Stadt Bernburg (Saale) setzt sich nun aus Christine Bittner (Vorsitzende), Henriette Krebs (Stellvertretende Vorsitzende) und Eberhard Balzer (Stellvertretender Vorsitzender) zusammen.

*Henriette Krebs,  
stellvertretende Fraktionsvorsitzende*

## Jan Korte unterwegs in Staßfurt

„Die Nr. 1 aus Ostdeutschland“, war das erste, was MdB Jan Korte las, als er am 25. Mai in Staßfurt ankam. Sein Wahlkreisstag in der Bodestadt begann mit dem Besuch beim legendären Zirkus Probst, der seit über 70 Jahren Groß und Klein erfreut. Seit 2015 sind Rüdiger Probst und seine Frau Christina nicht mehr auf Tour, sondern empfangen ihre Gäste auf dem riesigen Gelände direkt an der Bode. Hier wird im Zirkus-Erlebnis-Dorf den Kindergartengruppen und Schulklassen richtig was geboten und auch für Kindergeburtstage eignet sich das Konzept hervorragend: Zirkus zum Anfassen und Mitmachen. Danach ging es zur Neundorfer Feuer-

wehr, die seit dem letzten Jahr neben der Jugendfeuerwehr nun auch eine Kinderabteilung hat. Die verantwortliche Kameradin Anke Rögner und der stellvertretende Ortsbürgermeister Klaus Maaß berichteten von der erfolgreichen Nachwuchsarbeit und von dem Fuhrpark, der im letzten Jahr um ein modernes Fahrzeug erweitert werden konnte. Beim Besuch der seit über 110 Jahre bestehenden Wehr erfuhr Jan Korte außerdem viel über die das rege Vereinsleben, das den Staßfurter Ortsteil seit vielen Jahren bereichert.

In Staßfurt-Nord kam der Abgeordnete anschließend mit interessierten BürgerInnen ins Gespräch. Die traditionelle

Sprechstunde unter freiem Himmel wurde zur Feierabendzeit gut angenommen und er erfuhr einiges über aktuelle kommunalpolitische Auseinandersetzungen. Dagegen war beim anschließenden Besuch des Kreisvorstandes der LINKEN Salzlandkreis die Bundespolitik zentrales Thema. Im Staßfurter Fraktionsbüro ging es unter anderem um den bevorstehenden Bundesparteitag und erste Überlegungen zur Bundestagswahl 2017. Die GenossInnen zeigten sich trotz der Verluste bei der Landtagswahl top motiviert.

*Jörg Lemmert,  
Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte*

## Frühstück mit Links zu Mieterfragen

Beim Frühstück mit Links am Montag, dem 30. Mai, drehte sich alles um das Thema Mieten und Wohnen. Zu Gast war der Vorsitzende des Mietervereins Bernburg und Staßfurt e.V. Der Verein feiert im Juni 25-jähriges Jubiläum. Mietervereine beraten ihre Mitglieder und vertreten sie gegenüber dem Vermieter in allen Rechtsfragen. Sie fungieren aber auch als politische Vertretung der Mieterinnen und Mieter. Sie begleiten Gesetzgebungsprozesse und mischen sich in die Wohnungs- und Städtebaupolitik ein. So fordern sie u.a., bundesweit den Wohnungsneubau zu verdoppeln. In Bernburg gibt es zwar

genügend Wohnraum, aber der Bedarf an großen Wohnungen oder altersgerechtem, barrierefreiem Wohnraum kann nicht gedeckt werden. Auch Sozialwohnungen werden in zunehmendem Maße gebraucht, weil der wachsende Reichtum in Deutschland leider nicht gleichmäßig verteilt ist, sondern breite Schichten verarmen lässt. Derzeit werden in Deutschland durchschnittlich 33 % des Einkommens für Wohnkosten ausgegeben. Eine weitere Forderung der Mietervereine betrifft die Innenstädte. Städtebau- und Denkmalschutzmittel sollen auch dafür eingesetzt werden.

Normalverdienende, Rentnerinnen und Rentner, Bezieherinnen und Bezieher von Sozialleistungen im Sinne einer guten Durchmischung der Milieus in den Innenstädten zu halten.

Im Gespräch beantwortete Prof. Kaufmann dann Fragen der Frühstücksgäste zu Wohnungsrenovierungen, Kleinreparaturklauseln oder Mängelanzeigen. Das Frühstück mit Links geht nun in die Sommerpause und findet das nächste Mal am 26. September statt.

*Jana Lankau,  
Wahlkreismitarbeiterin MdL Birke Bull*

**Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
Juni  
recht herzlich**

Zum 91. Geburtstag  
Elli Killmann

Zum 90. Geburtstag  
Anna Schäfer  
Günter Gottwald

Zum 86. Geburtstag  
Margit Keller

Zum 85. Geburtstag  
Wilfried Breithaupt

Zum 84. Geburtstag  
Marianne Strauß

Zum 81. Geburtstag  
Horst Klemm

Zum 80. Geburtstag  
Gerhard Wahl

Zum 60. Geburtstag  
Christine Pfeiffer  
Peter Matern

**Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im  
Juni Geburtstag haben.**



**Neue Sprechzeiten im Staßfurter  
Fraktionsbüro**

Mo 9:00 Uhr - 16:00 Uhr  
Di 9:00 Uhr - 14:00 Uhr  
Mi 9:00 Uhr - 14:00 Uhr  
Do 10:00 Uhr - 12:00 Uhr  
und 13:00 Uhr - 18:00 Uhr

**Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am  
23.06.2016 um 18 Uhr im Fraktionsbüro  
in Staßfurt.

**„Kaffee mit Links“**

Am 06.07.2016 ab 16 Uhr gibt es die  
nächste Gelegenheit im Bernburger  
Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins  
Gespräch zu kommen.

**Rentenerhöhung - Was bleibt?**

Vortrag und Diskussion mit  
Heidemarie Ehlert,  
Vorsitzende der Bundesfinanrevisions-  
kommission der LINKEN,  
am 15.06.2016 um 18 Uhr in der  
Begegnungsstätte der Volkssolidarität  
in Bernburg (Wilhelmstraße 1)

Der Kreisvorstand

**Gemeinsames Sommerfest von DIE  
LINKE Salzlandkreis, MdL Birke Bull  
und MdB Jan Korte**

Alle InteressentInnen sind am  
01.07.2016 ab 15 Uhr vor dem Bernbur-  
ger Bürgerbüro (Kleine Wilhelmstraße  
2b) wieder eingeladen, mitzufeiern. Auf  
dem Programm stehen u.a. Live-Musik  
von „Lännet and friends“, Ausstellungs-  
eröffnung mit Hildegard Kutz, Kinde-  
recke und Polit-Quiz. Auch für Speis  
und Trank ist natürlich wieder gesorgt.

**Gründung der AG Kommunalpolitik  
bei der Landtagsfraktion**

Interessierte kommunale Amts- und  
MandatsträgerInnen und weitere  
kommunalpolitisch Interessierte sind  
zu einer konstituierenden Sitzung am  
18.06.2016 um 10 Uhr in den Land-  
tag eingeladen. Mehr Informationen  
und Anmeldung bei Karsten Köpp:  
0391/5605008

**Wahlkreistag von MdL Birke Bull**

Am 20.06.2016 in Bernburg.

**Sommerfest DIE LINKE Saale-Wipper**

Zum traditionellen Sommerfest mit  
Speis, Trank und Gesang sind alle Inter-  
essentInnen am 24.06.2016 um 18 Uhr  
auf den Schießplatz in Giersleben einge-  
laden.

**DIE LINKE Aschersleben auf dem  
Holzmarkt**

DIE LINKE Aschersleben ist immer am  
2. Donnerstag im Monat ab 10 Uhr am  
Infostand ansprechbar.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist  
der 27. Juni 2016.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe  
war der 02. Juni 2016.

**BürgerInnenprechstunde im  
Büro Aschersleben**

Das LINKE Büro in Aschersleben  
(Oststraße 5) ist jetzt immer am 1. und  
3. Montag im Monat von 15 bis 17 Uhr  
besetzt. Telefonischer Kontakt unter  
0151/55039771.

**DIE LINKE Staßfurt beim  
Salzlandfest**

Am 02.07.2016 ab 10 Uhr in der  
Steinstraße: Infostand mit Glücksrad,  
Politquiz und Bücherbasar.

**Sitzung der Fraktion DIE LINKE/  
UWG im Kreistag Salzlandkreis**

Am 20.06.2016 ab 18:00 Uhr im  
Staßfurter Fraktionsbüro. Von 16:00  
Uhr bis 17:00 Uhr gibt es eine Bürger-  
sprechstunde mit der Fraktionsvor-  
sitzenden Sabine Dittrich.

**Wahlkreistag von MdB Jan Korte**

Am 16.06.2016 in Bernburg.

**Fest der LINKEN 2016**

Am 25. Juni wird der Rosa-Luxemburg-  
Platz, in unmittelbarer Nähe des Karl-  
Liebknecht-Hauses, ab 10 Uhr wieder  
zum Festgelände mit zahlreichen  
Bands, einem Kinderfest, Podiumsdis-  
kussionen, Ausstellungen, Führungen  
und einem bunten Markttreiben.  
Mehr Informationen auf  
[www.fest-der-linken.de](http://www.fest-der-linken.de)

**DIE LINKE ZEITUNG**

**Herausgeber:**

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis  
[www.dielinke-salzlandkreis.de](http://www.dielinke-salzlandkreis.de)  
[dielinke-salzlandkreis@t-online.de](mailto:dielinke-salzlandkreis@t-online.de)  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion :**

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),  
Klaus Magenheimer,  
Siegfried Mahlfeld,  
Stefan Deutschmann

**Satz + Layout:** Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktions-  
schluss eingegangenen Artikeln kann die  
Veröffentlichung nicht garantiert werden.